Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband
Band: 4 (1957)
Heft: 3

Artikel: Standortbestimmung im Zivilschutz
Autor: Alboth, Herbert
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-364828

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

brauchen unsere Räume für Kriegsmaterial; zivile Aemter erwidern uns, mit ebensolchem Recht: Für uns ist die Vorsorge für die Menschen wichtiger. Wenn man aber bedenkt, dass *alle Kunstschätze, die die Schweiz seit Jahrhunderten hütet und bewundert, in einem einzigen Kellerraum von mässiger Grösse Platz fänden,* dann sollte man in so gespannten Zeiten wie heute an eine Lösung glauben dürfen. Auf einem Sektor für dies Gebiet selbst verantwortlich, appelliere ich an die Behörden, die Presse und die Parlamentarier, hier zu helfen, damit unsere Kunstschätze und Urkunden bald die nötigen Schutzräume finden.

Bedeutend schwieriger hält es, die festen Kunstdenkmäler zu schützen, denn hier bedarf es einer umfassenden Organisation. Ein Beispiel: Auf dem Weg zur letzten Mobilmachung bat ich, als erstes unsere schönen Berner Münsterfenster auszubauen und zu evakuieren. Nach sechs Monaten war noch nichts geschehen. Dann aber erfuhr ein Journalist, dass eine einzige Scheibe ihre guten 40 000 Schweizer Franken wert sei, die Münsterscheiben aber über zwölf Millionen, tat's in die Zeitung, und nun endlich im Angesicht greifbarer Zahlen kam die Bergung ins Rollen. Es zeigte sich aber, dass unsere braven Glasermeister während vieler Wochen mit dem Meissel auf dem alten Glas den in Jahrhunderten hart gewordenen Kitt herausmeisseln mussten, bis unsere Münsterscheiben endlich in Sicherheit gebracht werden konnten. Kaum war der Krieg vorbei, trat die alte Sorglosigkeit wieder auf: man musste während Monaten dafür kämpfen, damit die Scheiben nicht wieder in gleicher Weise im Münster eingesetzt wurden. Heute sind sie dort gewissermassen museal auf Metallrahmen aufgehängt, so dass sie in wenigen Stunden evakuiert werden können. Was aber soll man von einer Stadt wie Biel denken, die während des ganzen Krieges ihre reichen Scheiben des 15. Jahrhunderts überhaupt nicht evakuierte? Man hat im Krieg erfahren, wie der Luftdruck einer einzigen Bombe den gesamten Glasschmuck einer Kirche in Splitter legen konnte.

Noch schwerer hält es, unsere Kirchen mit ihrem plastischen Schmuck, unsere schönsten Ratshäuser und Paläste vor Bombardierungsschäden zu schützen. Wo sind die Wasserreservoirs, die erlauben, einen Brand zu löschen? Wo sind die Stützmauern, die einen Bogen, ein Gewölbe vor dem Einsturz retten? Wir wissen heute, dass lose aufgeschichtete Ziegel den besten Schutz gewähren, ein Material, das man leicht bereithalten könnte, um es nach dem Kriege für andere Zwecke zu verwenden. Auch hier fehlt uns noch jede Organisation.

Wie hat sich nicht im Ersten Weltkrieg die ganze Künstlerwelt erregt und entzweit, als die gotischen Statuen der Kathedrale von Reims Schaden nahmen: hat man schon wieder vergessen, dass sie nicht von den Splittern der Granaten zerstört wurden, sondern von dem Feuer, das sie anfachten und das an den Holzgestellen reiche Nahrung fand, welche die schützenden Sandsäcke trugen! Und doch konnte man bei uns im Kriege wieder genau die gleichen leicht brennbaren Holzgestelle vor gotischer Plastik sehen, und die nämlichen nassen Sandsäcke, welche dem Sandstein hart zusetzen. Auch hier tut Aufklärung der Oeffentlichkeit und ein wissenschaftlich organisierter Denkmalschutz bitter not.

*

Die UNESCO hat den trefflichen Vorschlag gemacht, wertvolle Kunstdenkmäler zu schützen, nicht mit Truppen zu belegen und auf Operationskarten einzuzeichnen. Solche Denkmal-Karten, im Besitze der alliierten Luftwaffe, haben in Italien nachweislich manches Bauwerk vor der Bombardierung bewahrt. Unserem Departement des Inneren kommt reger Anteil an diesem Kunstabkommen zu. Warum ist es nicht unterzeichnet und wenigstens mit jenen Ländern eingeführt, die Gegenrecht halten wollen?

Die Zeit ist ernst genug, dass wir uns überlegen dürfen, ob wir zur Verteidigung unserer kulturellen Schätze gerüstet sind.

*

(Leihclichés auf Seite 17 aus dem Werk «Das Berner Münster», von Hans Bloesch und Marga Steinmann. Verlag Herbert Lang & Cie., Bern.)

Standortbestimmung im Zivilschutz

Der Zivilschutzartikel ist in der Abstimmung vom 3./4. März trotz der Erreichung des Ständemehres knapp unterlegen. Es sind nicht allein diese rund 30 000 fehlenden Ja-Stimmen, die nun in unserem Lande eine Verzögerung der Vorbereitungen eines kriegsgenügenden Zivilschutzes zur Folge haben, sondern mehr noch die Trägheit und Gleichgültigkeit diesem wichtigen Problem unserer Landesverteidigung gegenüber, das zu ernsten Bedenken Anlass geben muss. Die Tatsache, dass die Stimmbeteiligung durchschnittlich 50 Prozent betrug, lässt deutlich erkennen, dass weite Bevölkerungskreise den Zivilschutz nicht ernst genug nehmen oder in optimistischer Einschätzung der Lage es als sicher annahmen, dass diese Vorlage auch ohne ihren Urnengang durchgehe. Gerade diese bequemen und gleichgültigen Kreise unseres Volkes haben sich hier einer gefährlichen Täuschung hingegeben. Es ist nicht fair, die Westschweiz allein für die Verwerfung der Vorlage verantwortlich machen zu wollen, nachdem die meisten deutschschweizerischen Kantone selbst nicht mehr Stimmbürger an die Urne brachten. Sehr viele Bürger, die mit Empörung und Abscheu gegen die Vorgänge in Ungarn demonstrierten, wo sich ein Volk auch für die Gewährung des uneingeschränkten Stimm- und Wahlrechtes erhob, haben gerade diese Rechte und Pflichten gering geachtet und ihnen nicht nachgelebt.

Es gab auch bestimmte Schichten, die in ihrer Verblendung und in ihren Ressentiments gegenüber Bern und der Armee der kommunistischen Propaganda gegen die Verstärkung unserer totalen Landesverteidigung bewusst oder unbewusst willig Gehör schenkten und den defaitistischen Slogan verbreiteten, dass es «gegenüber der Atombombe überhaupt keinen Schutz gibt». Wer sehen und hören will, kann auch heute wieder beurteilen, wie es in Wahrheit mit dieser defaitistischen Propaganda Moskaus bestellt ist, nachdem in der Sowjetunion selbst mit *maximalem* Einsatz der Zivilschutz ausgebaut wird; auf Befehl des Kremls und *ohne* Volksabstimmung. Gleichzeitig gehen in Sibirien die sowjetischen Atom- und Wasserstoffbomben-Versuche se-

Der Soldat muss wissen, dass die Seinen zu Hause Angriffen aus der Luft nicht schutzlos ausgeliefert sind.

General Guisan

rienweise weiter, während Moskau den kleinen Ländern mit Vergeltungsangriffen droht, sollten sie ihre Landesverteidigung durch taktische Atomwaffen verstärken.

Zur heutigen Standortbestimmung über den Zivilschutz muss vorerst festgestellt werden, dass es auch im Atomkrieg einen Schutz gibt, wenn wir diesen Schutz wollen, uns gewissenhaft darauf vorbereiten und dafür auch die notwendigen Opfer bringen. Es gibt aber bestimmt keinen Schutz, wenn wir den defaitistischen Einflüsterungen Gehör schenken und den Ausbau eines kriegsgenügenden Zivilschutzes vernachlässigen. Erst dann, wenn wir uns selbst aufgeben, sind wir verloren.

Das Abstimmungsergebnis darf keinesfalls als ein Verzicht des Schweizervolkes auf den Zivilschutz ausgelegt werden. Die negative Einstellung der Gegner richtete sich in erster Linie gegen die Bestimmungen des Zivilschutzartikels und darin vorwiegend gegen das Obligatorium der Frauen in den Hauswehren. Die bereits eingeleiteten Massnahmen, die sich auf frühere Bundesbeschlüsse und Verordnungen stützen, gehen weiter und es darf damit gerechnet werden, dass die Aufstellung des Kaders der Zivilschutzorganisationen trotz allem gute Fortschritte macht. Dazu liegen aus einzelnen Kantonen hoffnungsvolle Berichte vor. Das Kreisschreiben des Bundesrates an die Kantonsregierungen betreffend den Zivilschutz ist ganz eindeutig. Es wird darin auch gesagt, dass der Bundesrat das weitere Vorgehen prüft und darüber demnächst Beschluss fassen wird.

Was ist weiterhin zu tun? Allgemein wird baldmöglichst eine klare Ausscheidung zwischen den zivilen und den militärischen Massnahmen im Zivilschutz erwartet, um dem Zivilschutz in der Bundesverwaltung das nötige Gewicht zu geben und die für den Zivilschutz notwendigen finanziellen Mittel zu erhalten, die im Budget des Eidg. Militärdepartements nicht untergebracht werden können. Eine vordringliche Behandlung verlangen alle Probleme, die mit dem Schutzraumbau zusammenhängen und der im Interesse eines raschen Ausbaues bis zu 80 Prozent durch Beiträge der öffentlichen Hand unterstützt werden muss; eine Forderung, die der Schweizerische Bund für Zivilschutz schon immer vertreten hat. Eine der schwächsten Stellen ist auch der Betriebsschutz. Die Erfahrungen der Abstimmungskampagne haben auch gezeigt, dass das Verständnis für den Zivilschutz bei Industrie und Wirtschaft unseres Landes noch sehr gering ist und dass es vor allem hier an der grosszügigen Förderung fehlt, die man im Zeichen der heutigen Hochkonjunktur eigentlich erwarten sollte.

An erster Stelle aller Massnahmen steht aber die Intensivierung der Aufklärungsarbeit über den Zivilschutz. Der Schweizerische Bund für Zivilschutz hat hier in den ersten beiden Jahren seines Bestehens schon viel geleistet. Es war aber immer noch zu wenig. Es ist eine weitere Erfahrung des Abstimmungskampfes, dass weite Schichten unseres Volkes und die Behörden aller Stufen immer noch nicht erfasst haben, dass dem Zivilschutz im Rahmen unserer totalen Landesverteidigung eine Bedeutung zukommt, die in der Entscheidung über Bestehen oder Untergang der Eidgenossenschaft neben den rein militärischen und wirtschaftlichen Belangen mindestens so schwer, wenn nicht sogar noch schwerer wiegt. Die Aufklärung der Bevölkerung hat die notwendige Tiefenwirkung noch nicht erreicht. Es braucht dazu nicht nur Zeit, sondern auch beträchtlich mehr Mittel als dem Schweizerischen Bund für Zivilschutz bis heute zur Verfügung standen. Die 20 000 Franken, die der Bundesrat dem schweizerischen Bund jährlich für diese Aufklärungsarbeit zur Verfügung stellte, sind, gemessen an den in die Hunderttausende und Millionen gehenden Aufwendungen anderer Staaten für die Zivilschutzaufklärung, ein ungenügendes Minimum. Die Umrüstung, die heute in zahlreichen Staaten in der militärischen Landesverteidigung im Gange ist und die bei kleineren Truppenbeständen eine Verlagerung des Schwergewichtes auf die Raketen- und Vergeltungswaffen bringt, lässt auch eine steigende Bedeutung der zivilen Schutzmassnahmen erkennen. Es wäre gefährlich, diese Entwicklung zu verkennen und dem Zivilschutz gegenüber weiterhin gleichgültig zu bleiben.

Sehr erfreulich war die Stellungnahme der schweizerischen Frauenverbände, deren Vertreterinnen sich auf Einladung des Schweizerischen Bundes für Zivilschutz, des Schweizerischen Roten Kreuzes und des Schweizerischen Samariterbundes in Bern zu einer Aussprache trafen, um sich mit einem Appell zur freiwilligen Mitarbeit im Zivilschutz an alle Schweizerinnen zu wenden. Sie wandten sich aber auch an die Behörden der Gemeinden, der Kantone und des Bundes und verlangten die möglichst rasche Durchführung von Kursen und anderweitigen Massnahmen für den Zivilschutz, um den guten Willen und die Einsatzbereitschaft der Frauen für die Heimat speditiv und sinnvoll zu nutzen. Die Tagung der schweizerischen Frauenverbände war nach dem 3./4. März ein erster und hoffnungsvoller Lichtblick und es liegt nun an den Schweizerinnen zu Stadt und Land, diesen schwungvollen Anstoss nicht versanden zu lassen und zu beweisen, was vor der Abstimmung so oft zu hören war, dass die Hauswehren dank der selbstverständlichen Bereitschaft der Frauen auf freiwilliger Basis aufgebaut werden können.

Herbert Alboth

Plakate, die ihre Bedeutung behalten

Links und rechts Plakate, wie sie zur Werbung für den Verfassungsartikel über Zivilschutz vor der eidgenössischen Abstimmung angeschlagen waren, zuweilen unwillkürlich unterstützt durch die damit sinnvoll in Zusammenhang stehende Mahnung auf dem Plakat für die Ungarnhilfe (Mitte).